

II-7092 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Z1.21.891/139-1/92

1010 Wien, den 27. August 1992

Stubenring 1

Telefon (0222) 75 00

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

Klappe

Durchwahl

3211 IAB

1992 -08- 31

zu 3359 IJ

B e a n t w o r t u n g

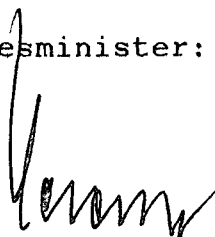
der parlamentarischen Anfrage der Abg.Haller,
Dolinschek, Meisinger an den Bundesminister für Arbeit
und Soziales betreffend Krankenversicherung bei
freiwilliger Lösung des Dienstverhältnisses
(Nr.3359/J)

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständ-
lichen Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich folgendes
aus:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Es dürfte der Aufmerksamkeit der anfragenden Abgeordneten
entgangen sein, daß eine Neuregelung des § 122 Abs.2 Z 2
lit.c ASVG, wie sie in der Anfrage angeregt wird, bereits
im Rahmen der 50.Novelle zum Allgemeinen Sozialversiche-
rungsgesetz verwirklicht wurde und seit 1.1.1992 in Kraft
steht (vgl. Art.II Z 9 der 50.Novelle zum Allgemeinen
Sozialversicherungsgesetz, BGBl.Nr.676/1991).

Der Bundesminister:



Beilage A

Anfrage:

1. Werden Sie in der nächsten Novelle zum ASVG eine Änderung von § 122 Abs. 2 Z 2 lit c vorsehen, um auch während der gesamten Sperrfrist für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes wegen Selbstkündigung einen Anspruch auf Leistungen aus der Krankenversicherung zu gewährleisten?
2. Wenn nein, warum wollen Sie weiterhin Menschen, die selbst kündigen, gegenüber solchen, die die Annahme einer zumutbaren Beschäftigung verweigern, benachteiligen?
3. Wenn ja, wann wird ein entsprechender Gesetzesentwurf vorliegen?